Stellungnahme zu Antrag/Anfrage

Nr. AF/0033/2012

Beratung im **Stadtrat** am **10.05.2012**, TOP öffentliche Sitzung

Betreff: Anfrage der SPD-Ratsfraktion: Inklusion

Stellungnahme/Antwort:

Fragen:

1. Wie ist der aktuelle Entwicklungsstand in Bezug auf die Umsetzung der Inklusion?
2. Gibt es bereits Planungen oder ein Konzept?
3. Ist die Inklusion im Schulentwicklungsplan berücksichtigt?
4. Gibt es schon eine Netzwerkplanung?

Antwort:

Zur Frage 1 und 2:

Das Kultur- und Schulverwaltungsamt beschäftigt sich bereits seit dem Jahre 2010 mit dem Thema des aus Artikel 24 der UN-Behindertenrechtskonvention resultierenden inklusiven Bildungsanspruches und den damit verbundenen Auswirkungen für die Stadt Koblenz als kommunalen Schulträger. Es ist vorwegzunehmen, dass die Zuständigkeit und die Handlungsmöglichkeiten bzgl. einer ganzheitlichen Umsetzung des Konzepts der inklusiven Beschulung in Koblenz nicht allein bei der Stadt Koblenz als zuständiger Schulträger liegen. Dies setzt eine von starker Netzwerkbildung geprägte Zusammenarbeit von der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion als zuständige Schulbehörde, der Stadt Koblenz als zuständiger Schulträger, den Schulleitungen aller Koblenzer Schulen, sowie Elternverbänden und sonstigen Beteiligten und Betroffenen voraus. Insbesondere sind vom Land Rheinland-Pfalz die entsprechenden Abänderungen im rheinland-pfälzischen Schulgesetz vorzunehmen, sowie die Finanzierungsproblematik im Sinne des Konnexitätsprinzips zu regeln.

Die sich aus der Inklusion für die Stadt Koblenz als kommunalen Schulträger ergebenden Herausforderungen wurden vom Kultur- und Schulverwaltungsamt bereits im Jahr 2011 herausgearbeitet und als neue Aufgaben, verbunden mit den entsprechenden Zielsetzungen

definiert. Der Entwicklungs-/ Umsetzungsprozess der einzelnen Aufgabenbereiche stellt sich wie folgt dar:

a) Barrierefreie Umgestaltung der Schulgebäude

Für die Schulgebäude zuständige Stadt Koblenz ist es elementare Kernaufgabe im Rahmen des Inklusionsauftrages die Schulgebäude barrierefrei umzugestalten, sodass, insbesondere den mobil beeinträchtigten Kindern, eine wohnortnahe Beschulung ermöglicht werden kann und die dafür notwendigen bautechnischen Voraussetzungen geschaffen werden.

Mittelfristiges Ziel (5 Jahre) des Kultur- und Schulverwaltungsamt ist es, ein Schulgebäude pro Schulform entsprechend umzugestalten. Das langfristige Ziel (20 Jahre) muss es sein, die Gebäude aller Schulen barrierefrei vorhalten zu können. Bei Neubauten, sowie großen Um- und Erweiterungsbauten wird das Thema des barrierefreien Bauens bereits, basierend auf der engen Zusammenarbeit zwischen dem Kultur- und Schulverwaltungsamt und den zuständigen Architektenbüros, in die jeweiligen Bauvorhaben involviert. Des Weiteren arbeitet das Kultur- und Schulverwaltungsamt derzeit an einer Bestandsanalyse, welche detailliert darstellen wird, welchem Stand der Barrierefreiheit die einzelnen Schulgebäude zum jetzigen Zeitpunkt entsprechen, sowie welche Baumaßnahmen verbunden mit welchen Kosten noch eingeleitet werden müssen, um Barrierefreiheit an den einzelnen Gebäuden zu verwirklichen. Dafür wurde das Architekturbüro Fries Ende 2011 beauftragt, alle Schulgebäude auf Barrierefreiheit der Eingangs- und erdgeschossigen Bereiche hin zu untersuchen, sowie die Bestandssituation zu beurteilen. Die Untersuchungsunterlagen liegen zwischenzeitlich vor und werden entsprechend analysiert. Eine erste oberflächliche Auswertung der Unterlagen führte zu der erfreulichen Erkenntnis, das bereits jetzt die Schulgebäude von

10 Grundschulen,
der Integrierten Gesamtschule (IGS),
1 Realschule plus
2 Gymnasien,
2 Förderschulen und
1 Berufsbildenden Schule

barrierefrei zugänglich sind. Diese Schulgebäude sind über mindestens einen Eingang barrierefrei zugänglich, verfügen über mindestens ein Behinderten-WC, bei den weiterführenden Schulen sind die Fachräume im Erdgeschoss bzw. über eine Aufzugsanlage zu erreichen. Eine Beschulung mobil beeinträchtigter Schüler wäre in diesen Gebäuden somit bereits jetzt ohne weitere zu ergreifende bauliche Maßnahmen, ggfls. unter Berücksichtigung hausinterner organisatorischer Abänderungen, möglich.

b) Umverteilung des Schulbudgets

Im Rahmen der Inklusion und der damit verbundenen Finanzierungsfrage ist es notwendig, die vorhandenen Mittel umzuverteilen bzw. die zugeteilten Ressourcen der Förderschulen teilweise zugunsten einer inklusiven Beschulung an einer allgemeinbildenden Schule zu nutzen. Diese Umverteilung der Mittel ermöglicht den allgemeinbildenden Schulen, welche bereits integrativ beschulen (Schwerpunktschulen), die speziellen, dem sonderpädagogischen Förderbedarf entsprechenden, Lehr- und Lernmittel anzuschaffen (insbesondere für die Schüler mit kognitiven und psychischen Beeinträchtigungen). Des Weiteren soll diese Umverteilung für alle weiteren Schulen einen Anreiz bieten, die Herausforderung anzunehmen und Schüler mit diagnostiziertem sonderpädagogischen Förderbedarf aufzunehmen und zu beschulen. Der Berechnungsschlüssel des Schulbudgets wurde Ende 2011 vom Kultur- und Schulverwaltungsamt überarbeitet und nach diversen Kriterien neu festgesetzt. Die Umverteilung wurde dahingehend umgesetzt, dass der Berechnungsschlüssel

u. a. einen Pro Kopf Zuschlag für jeden Schüler mit sonderpädagogischen Förderbedarf beinhaltet. Es wurde eine entsprechende Bestandsabfrage an allen Schulen bzgl. der Anzahl der Schüler mit sonderpädagogischen Förderbedarf durchgeführt und das Schulbudget entsprechend angepasst.

c) Netzwerkplanung (s. u.)

Die o. g. Aspekte stellen bereits konzeptionelle Bestandteile bzgl. der Umsetzung des Artikel 24 der UN-Behindertenrechtskonvention durch die Stadt Koblenz als zuständiger Schulträger dar; ein ganzheitliches Konzept liegt allerdings noch nicht vor.

Zur Frage 3:

Das Thema der Inklusion ist im Schulentwicklungsplan berücksichtigt. Dieser wird derzeit abschließend von dem Institut biregio Bonn, dem Kultur- und Schulverwaltungsamt, sowie den schulpolitischen Sprechern überarbeitet. Das Institut äußert sich zu dem Thema wie folgt: „...Nun sind organisatorische Stützpunkt- (bzw. Verschmelzungs-)Alternativen zu entwickeln. Gemeint sind hiermit Integrations- bzw. Inklusionsformen, bei denen die Fördererweit in die Regelschulen hinein aufgefächert werden....“. Das Institut empfiehlt eine zeitnahe Umsetzung der Thematik.

Zur Frage 4:

Derzeit besteht in Koblenz noch keine Netzwerkplanung. Das Kultur- und Schulverwaltungsamt steht bzgl. der Thematik mit diversen Beteiligten in Kontakt, so z. B. der ADD, dem Amt für Bildung Erfurt etc. Dies kann allerdings nicht als eine konkrete Netzwerkplanung, welche Grundvoraussetzung für eine effiziente und zielgerichtete Zusammenarbeit aller Beteiligten ist, bezeichnet werden.

Bezüglich der o. g. Fragestellungen ist allerdings auch zu erwähnen, dass eine Umsetzung dieser Thematik in den Bereich einer kommunalen Bildungsplanung fällt. Die KGST spricht in diesem Zusammenhang von einer "erweiterten Schulträgerschaft". Der Begriff bezeichnet ein neues, auf Gestaltung und Vernetzung angelegtes Verständnis von Schulträgerschaft der Kommunen. Das Ergebnis, dieses in anderen Bundesländern bereits praktizierten strukturellen Wandels, ist eine zunehmende ganzheitliche Betrachtung von Schul- und Bildungspolitik vor Ort, d.h. es entstehen ineinandergreifende sozialräumliche Bildungs- und Handlungskonzepte die eine Vielfalt von Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsangebote für Kinder, Jugendliche und Familien anbieten, in denen Lernen und ein unfassender Kompetenzerwerb auf unterschiedliche Weise, auch außerhalb der Schulzeit, aber innerhalb der Schule ermöglicht und gefördert wird. Letztlich bedeutet dies, dass Kommunen ihre bereits vorhandenen Ressourcen wie z.B. die Schulverwaltung, die VHS, die Musikschule, das Kulturamt, die Migrationsstelle oder der Bereich des Sports sowie andere Bildungs- und Weiterbildungseinrichtungen in einem "Amt für Bildung" (z.B. in Erfurt, in Hamburg), einem "Amt für Bildung, Weiterbildung und Kultur" (z.B. in Berlin, dem Landkreis Enzkreis) oder einem "Amt für Bildung und Sport" (z.B. in Weinheim, Landkreis Celle) zusammen geführt und optimiert haben.